

25 Jahre Zentrum ÜBERLEBEN

Stellungnahme: Schutz- und Versorgungsdefizite traumatisierter Geflüchteter

Seit 25 Jahren bietet das Zentrum ÜBERLEBEN – gegründet 1992 als Behandlungszentrum für Folteropfer – traumatisierten Überlebenden von Folter und Kriegsgewalt medizinische, psychotherapeutische, sozialarbeiterische und weitere Hilfen, um ihnen den Weg in eine menschenwürdige Zukunft und zur gesellschaftlichen Teilhabe zu ermöglichen.

Dabei verfolgt das Zentrum einen ganzheitlichen Ansatz. Die traumaorientierte Psychotherapie wird durch niedrigschwellige therapeutische Angebote, soziale und integrative Unterstützung, z. B. im Bereich der Ausbildung und Ausbildungsvorbereitung ergänzt. Wir möchten, dass die Menschen, die in größter Not zu uns kommen, eine Chance haben, sich und ihren Familien ein neues Leben im Exil aufzubauen. Zur Umsetzung dieser Ziele sind wir national wie international vernetzt und befinden uns in stetigem Austausch mit politischen Institutionen und Entscheidungsträgern.

Die Flucht vor Gewalt, Verfolgung und Krieg in ihren Heimatländern bedeutet für die meisten Geflüchteten keineswegs ein Ende ihrer belastenden Erlebnisse: Misshandlungen – auch durch Sicherheitskräfte an den EU-Außengrenzen –, Vergewaltigungen, lebensgefährliche Überfahrten und nach der Ankunft die ständige Angst vor einer Rückführung, die Sorge um die Angehörigen in der Heimat und die Frage, wie man jemals mit dem Erlebten zurecht kommen soll. Viele schutzbedürftige Menschen werden so im Zusammenhang mit der Flucht (re-)traumatisiert.

Vor diesem Hintergrund stellen das Dublin-System, die schleppende Bürokratie, die lang anhaltende Unterbringung in Heimen sowie ausgesetzte Familienzusammenführungen immense Probleme dar, die die Ängste der Betroffenen weiter schüren, eine Chronifizierung psychischer Leiden begünstigen und die Integrationschancen im Aufnahmeland verringern.

Die Mitarbeiter*innen im Zentrum ÜBERLEBEN sind damit häufig gezwungen, zunächst die direkten psychischen und sozialen Folgen der fehlgeleiteten Asyl- und Migrationspolitik in Deutschland sowie der Abschottungspolitik der EU zu kompensieren. Viele zusätzlich belastende Flucht- und Lebensbedingungen besonders schutzbedürftiger Geflüchteter könnten durch politische Entscheidungen vermieden und eingegrenzt werden.

Eine therapeutische Aufarbeitung der Traumata ist erst möglich, wenn die Schutzsuchenden ein stabiles Lebensumfeld haben. Dazu gehören ein faires Asylverfahren, eine zügige Identifizierung und fachgerechte Beurteilung individueller Versorgungsbedarfe traumatisierter Geflüchteter, Familienzusammenführungen und – ganz grundlegend – die Einhaltung der Menschenrechte, die Achtung der Würde der Hilfesuchenden.

Doch nicht nur instabile Lebensverhältnisse führen zu erschwerten Behandlungen und chronifizierten Krankheitsverläufen – häufig ist auch der Zugang zu den dringend benötigten Therapien erschwert, obwohl die EU-Aufnahmerichtlinie besonders schutzbedürftigen Geflüchteten ein Recht darauf garantiert. Bereits formelle Barrieren sind für Geflüchtete nicht zu überwinden. Dazu zählen der Mangel an Behandlungsplätzen in der trauma- und kultursensiblen psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung mit integrierter Sozialarbeit oder nicht gedeckte Kosten für Sprachmittler*innen, die für die Therapien jedoch unerlässlich sind.

Das Zentrum ÜBERLEBEN ist politisch unabhängig, aber nicht neutral. Wir fordern politische Entscheidungsträger*innen auf Bundes-, Landes- und europäischer Ebene dazu auf, sich für die Bedarfe traumatisierter Geflüchteter einzusetzen, ihre Rechte zu achten und ihnen adäquate gesundheitliche wie integrative Unterstützung zukommen zu lassen. Die vorhandenen Kapazitäten der psychosozialen Zentren wie dem Zentrum ÜBERLEBEN reichen für die Bewältigung der Anfragen bei Weitem nicht aus. Viel zu häufig leisten diese Zentren auch auf Basis von Spenden und Projektgeldern Versorgungstätigkeiten, die seitens der (Bundes-) Politik geregelt und nachhaltig finanziert sein müssten.

Aus den dargestellten Missständen leiten wir klare Forderungen an politische Entscheidungsträger*innen auf EU-, Bundes- und Landesebene ab:

Wir fordern

- die politischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, (Re-) Traumatisierungen von Geflüchteten auf der Flucht entgegenzuwirken: insbesondere durch die Schaffung legaler Fluchtwege nach Europa und die Sicherstellung menschenwürdiger Bedingungen in Erstaufnahmelagern.
- die Schaffung eines gerechten EU-Asylsystems, das sich an den Bedarfen der Schutzsuchenden orientiert. Zentrale Bestandteile sollten die Angleichung der Aufnahme Standards sowie der sichergestellte Zugang zu medizinischer, sozialer und therapeutischer Versorgung sowie zu rechtlicher Beratung sein. Dringend notwendige Hilfe darf nicht davon abhängen in welchem EU-Land sich ein*e Geflüchtete*r aufhält.
- keine Flüchtlingszentren im „Vorfeld“ Europas, wie Libyen, Tschad oder Uganda, wo Schutzsuchende Gewalt ausgesetzt sind und keine fairen Asylverfahren gewährleistet sind.
- die Abkehr von Asyl-Schnellverfahren und die Sicherstellung eines Zugangs zur qualifizierten Bedarfsermittlung und fachgerechten Begutachtung traumatisierter Geflüchteter, alsbald nach ihrer Ankunft.
- den Zugang zu fairen Asylverfahren für alle Schutzsuchenden und die Aufhebung des Status’ „sicheres Herkunftsland“. Keine Abschiebeandrohungen und –durchführungen, insbesondere für Länder wie Afghanistan oder die Türkei, wo Abgeschobenen Verfolgung und Gewalt bis hin zum Tod droht.
- Krankenkassenkarten für alle Asylbewerber*innen von Anfang an, was bei ärztlicher Indikation die Übernahme von Therapiekosten einschließt sowie die unbürokratische Übernahme der damit einhergehenden Kosten für Sprachmittler*innen und Sozialarbeiter*innen durch die Sozialkassen.
- die Möglichkeit des Familiennachzuges für alle Geflüchteten aus Kriegsgebieten und aus Ländern, in denen die Betroffenen Folter und Verfolgung erlebt haben.
- Zugang zu Deutschkursen für alle Asylbewerber*innen von Anfang an.
- eine nachhaltige Finanzierung psychosozialer Zentren, die über eine einzigartige Expertise verfügen, um den Betroffenen adäquate therapeutische, medizinische und soziale Unterstützungen bieten zu können und damit die Voraussetzungen für ihre gesellschaftliche Teilhabe zu schaffen.

Das Zentrum ÜBERLEBEN setzt sich national und international für Überlebende von Folter und Kriegsgewalt ein. Bei uns suchen Männer, Frauen und Kinder aus rund 50 Ländern Hilfe – momentane Brennpunkte sind: Syrien, Irak, Afghanistan, Tschetschenien, Türkei, Kosovo, Libyen und Eritrea. Die Hilfesuchenden erhalten medizinische, psychotherapeutische, sozialarbeiterische und integrative Unterstützung. Um Sprachbarrieren im interkulturellen Beratungs- und Behandlungssetting zu überwinden, arbeiten wir mit speziell geschulten Sprach- und Kulturmittler/innen zusammen. Neben der Rehabilitation von traumatisierten Geflüchteten steht auch die Integration und berufliche Qualifizierung bis hin zur gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit unterschiedlichen Flucht- und Migrationserfahrungen im Mittelpunkt unserer Arbeit. Im Zentrum ÜBERLEBEN gGmbH wird seit 2016 die operative Tätigkeit des 1992 gegründeten Behandlungszentrum für Folteropfer (bzfo e. V.) fortgeführt.

KONTAKT

Tinja Schöning • 030 30 39 06 - 62 • t.schoening@ueberleben.org
www.ueberleben.org